

BELASTUNG Viele Österreicher klagen über hohe Kosten fürs Wohnen. Wir haben die Spitzenkandidaten nach Lösungen gefragt.

Was tut Ihre Partei für



SEBASTIAN KURZ



PAMELA RENDI-WAGNER



NORBERT HOFER

FRAGE 1

85% der Österreicher sagen: Die Ausgaben fürs Wohnen sind für viele Menschen zu hoch geworden. Welche Maßnahmen für leistbares Wohnen versprechen Sie?

Anreize für mehr Wohnbau und Eigentumserwerb, die Treffsicherheit im sozialen Wohnbau erhöhen & eine Gebührenbremse, damit die Betriebskosten nicht immer weiter explodieren.

Ich setze mich ein für: Stärkung des sozialen/gemeinnützigen Wohnbaus. Mietensteuer streichen – 1 Monatsmiete Ersparnis. Zinsfreier Kredit für die Kaution. Maklerprovision für die Mieter streichen.

Wohnbauoffensive – sinkende Preise durch größeres Angebot.

FRAGE 2

Wie wohnen Sie und wie viel bezahlen Sie dafür?

Eigentumswohnung in Meidling mit Kredit.

In einer Mietwohnung.

Einfamilienhaus mit 125 m² im Südburgenland.

FRAGE 3

Wie viel Prozent des Gesamteinkommens darf die monatliche Miete kosten?

25 Prozent.

Niemand soll mehr als 33% (ein Drittel) seines Einkommens für eine Wohnung ausgeben müssen.

30 Prozent.

FRAGE 4

Warum haben Sie „Wohnen“ in den vergangenen Jahren nicht billiger gemacht?

Es gab viel Zustrom nach Wien, und es wurde zu wenig gebaut.

Weil ich damals noch nicht in der Politik war.

Wir schlagen vor, dass auch der Bund Wohnungen baut.

Wohnen ist ein in Wahlkämpfen unterschätztes Thema. Es betrifft jeden. Zugleich muss ein hoher Teil des Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufgewendet werden. Speziell für Personen mit geringem Einkommen ist es oft weit mehr als die von den Politikern gewünschten 20 bis 30 Prozent bzw. ein Drittel.

Kein Spitzenkandidat ist gegen leistbares Wohnen, klar. Bei den Lösungsvorschlägen zeigt sich jedoch von der Ideologie her ein Gegensatz:

Die Analyse



PROF. PETER FILZMAIER

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Wie sehr darf der Staat in einen auch privatwirtschaftlichen Bereich eingreifen? Wenn ja, erreicht man damit den Zweck zusätzlicher Wohnungen, oder ziehen sich Investoren sich zurück? Oder sollen etwa der Staat sowie

Länder und Gemeinden viel mehr zugleich Bauherr sein? Wirtschaftsliberale Parteien wie die Neos lehnen gesetzliche Mietobergrenzen ab, eher linksorientierte Parteien wie die Grünen sind dafür. An sich ist Wohnen ein soziales Thema

links der Mitte, und die SPÖ würde mit der Einführung von mehr Sozialleistungen in allen Lebensbereichen groß punkten. Pamela Rendi-Wagner kann aber schlecht alles und jeden kritisieren, ohne damit indirekt Bürgermeister in rot regierten Städten anzugreifen.

ÖVP, SPÖ und FPÖ waren zudem seit 2000 sowohl in der Bundesregierung als auch mehreren Landesregierungen vertreten. Also müssen sich die drei größeren Parteien für Versäumnisse allesamt selbst an der Nase nehmen.

leistbares Wohnen?



BEATE MEINL-REISINGER

PETER PILZ

WERNER KOGLER

- ⊙ Steuerliche Entlastung v. a. durch Abschaffung der kalten Progression
- ⊙ Neos-Modell Salzburg – Zinsen senken und Bau-rechte abgeben – Senkung der Mieten
- ⊙ Ausreichend (mehr) Wohnungen am Markt
- ⊙ Maklergebühren zahlt Vermieter

Abschaffung des Lagenzu-schlags, Mieten 30% nied-riger, keine Befristungen im Mietrecht, Wohnbauförde-rung für sozialen Wohnbau.

Mietpreisbremse mit gesetzli-chen Höchstgrenzen – mehr gemeinnützige, energieeffizi-ente Wohnungen mit niedrige-ren Betriebskosten – Mobilisie-rung von vorhandenem Bau-land für gemeinnützigem Wohnbau – Förderung der Energieeffizienz, um Energie-kosten zu sparen – Abschaf-fung der Maklergebühren.

Zur Miete, zu viel ;-)

90 m², 850 Euro, im Goet-ehof in Kaisermühlen, wo schon meine Oma gewohnt hat.

Momentan in einer 55 Quadratmeter großen Wohnung um 770 Euro.

Derzeit sind es schon über 33 Prozent. Besser: Drunter.

20 Prozent.

Das hängt logischerweise von den jeweiligen Einkom-men ab. Deshalb ist es ja so wichtig, dass die verschiede-nen Formen der Wohn-För-derungen viel stärker bei den unteren Einkommen helfen müssen.

In Salzburg, wo wir mitre-gieren, haben wir das schon erfolgreich geschafft.

Ich habe es versucht – aber ÖVP und FPÖ waren da-gegen.

Wir waren nie in einer Bundes-regierung und zuletzt auch nicht im Nationalrat. Wo Grü-ne in Landesregierungen sind, setzen sie Schritte für günsti-geres Wohnen; etwa in Wien, Innsbruck oder Vorarlberg.

Die durchschnittliche Familie in Österreich (vier Personen pro Haushalt) zoll mit Euro im Monat auskommen mehr, nicht weniger, aufgrund von und nicht am Leben haben.

15% der befragten Österreicher sagen, die Ausgaben für Wohnen sind für viele Menschen zu hoch geworden.

Welche Maßnahmen für leistbares Wohnen versprechen Sie? Abschaffung des kalten Progressions & Zins = Sozialer Wohnungsbau für

Wie wohnen Sie und wie viel bezahlen Sie dafür? Nur 30% wichtiger, keine Befristungen im Mietrecht; soziale Wohnbau

Wie wohnen Sie und wie viel bezahlen Sie dafür? 90 m², 850 €

Wie wohnen Sie und wie viel bezahlen Sie dafür? Im Goethof in Kaisermühlen, wo schon meine Oma gewohnt hat.

Wie viel Prozent des Haushaltseinkommens darf die monatliche Miete kosten? 25

Sebastian Kurz in einer kreditfinanzierten Eigentumswohnung (o.), Peter Pilz wohnt im Gemeindebau (2. v. o.), Norbert Hofer hat ein Einfamilienhaus (3. v. o.), und Beate Meinel-Reisinger wohnt zur Miete.

85% der befragten Österreicher sagen, die Ausgaben für Wohnen sind für viele Menschen zu hoch geworden.

Welche Maßnahmen für leistbares Wohnen versprechen Sie? Wohnungsaffäre - einheimische Preise durch problem lösen & Markt

Wie wohnen Sie und wie viel bezahlen Sie dafür? Einfamilienhaus mit 125 qm im Südburgenland

85% der befragten Österreicher sagen, die Ausgaben für Wohnen sind für viele Menschen zu hoch geworden.

Welche Maßnahmen für leistbares Wohnen versprechen Sie? (1) Steuerliche Entlastung durch v.a. Abschaffung kalte Progression

(2) Neos Modell Salzburg (Neos Landes, österr.) (3) Zinsen senken & Bau-rechte abgeben -> Senkung der Mieten

Wie wohnen Sie und wie viel bezahlen Sie dafür? Im Goethof - zu viel ;-)

Wie viel Prozent des Haushaltseinkommens darf die monatliche Miete kosten? derzeit sind es schon 33% zu viel!

